

Kulturträger.

Wir sind nach mir vor der Meinung, daß das Problem, diese Kulturträger möglichst gerecht herauszuholen, die Cardinalfrage der preußischen Wahlreform ist.... (Kölnische Zeitung.)

Der erste Versuch, eine preußische Wahlreform gegen das Volk zustande zu bringen, ist gescheitert. Die Regierung, die bürgerlichen Parteien und ihre Presse sind sich bewußt, daß damit die Wahlrechtsfrage nicht abgetan ist. Für sie ist die große Frage: wie können wir um das allgemeine gleiche Wahlrecht herumkommen? Darauf ist all ihr Streben, sind all ihre Anstrengungen und Urgesuche gerichtet. Die schönste Erfüllung auf diesem Gebiete bilden die Kulturträger, die in einer höhere Wählerklasse hinaufzürden oder ein mehrfaches Stimmrecht erhalten sollten.

Auf den ersten Blick erscheint der Gedanke nicht übel. Liegt nicht etwas dummköpfiges darin, jedem Wähler eine Stimme zu geben, als ob die Menschen an politischer Bildung und gesellschaftlicher Bedeutung gleichviel wert sind? Die Kölnische Zeitung redet nach dem Vorbild der Thronrede von Individualeigenschaften, die durch politische Bildung sowie staatsbürglerliche und wirtschaftliche Tüchtigkeit zur Erstärkung des Staatswesens beitragen. Haft man den letzten Ausdruck als eine deutsch-nationale Bezeichnung dessen auf, was wir Förderung des Gemeinwohls nennen würden, so hätte die Bevorzugung solcher Kulturträger vom nationalen Standpunkt aus noch einen Sinn. Aber dabei bleibt die praktische Frage: wo sind sie zu finden?

Früher galt es als selbstverständlich, daß die Intelligenz, die Gelehrten und Geübten, im Gegensatz zu den ungebildeten Volksmassen und den "dummsten Bauern" die Trägerin der Kultur war. Damals stand in der Tat die akademisch gebildete Intelligenz mitten im öffentlichen Leben. Professoren und Gelehrte traten als politische Führer an die Spitze der fortwährenden, emporstrebenden Klassen und ihre wissenschaftliche Ausbildung, die sie als Waffen ins Feld führten, brachten in die Politik den großen Zug weithinreichender Allgemeininteressen und großer Probleme des menschlichen Fortschritts.

Wer seitdem die bürgerliche Politik aufhörte, revolutionär zu sein und zu einem Kampf kleiner Gruppen um Sondervorteile herab sank, hat sich dies geändert. Die Intelligenz ist zu einer unterwürfigen Dienerschaft der jeweiligen Machthaber geworden, zu einer Klasse subalterner Beamter. Die bedeutenden Männer der Wissenschaft halten sich von der Politik fern. Angestellte von Fabrikanten- und Grundbesitzervereinen sind jetzt Parteiführer. Professoren bezeugen ihre politische Bildung durch die öffentliche Erklärung, daß sie sich nur ausnahmsweise, und dann aus Not, an den Wahlen beteiligen. Das wissenschaftliche Studium, das die "Intelligenz" ausbilden soll,

besteht in dem Einholen von so vielem Fachwissen, wie für das Doktorenexamen nötig ist. Der großen gesellschaftlichen Umwälzung, den Erscheinungen der gewaltigen Entwicklung der Menschheit stehen sie mit bloßer Verständnislosigkeit gegenüber, und ihre höchste politische Leistung besteht in gelegentlichen Wahlschlepperdiensten für die Ordnungsparteien. Das ist aus den ehemaligen Kulturträgern geworden.

Stellen wir ihnen nun das heutige Proletariat gegenüber. Trotz der ungünstigen äußeren Verhältnisse, trotz ihrer Ermattung und Abrackerung durch lange Arbeitszeit, trotz der Armut und Sorge, suchen die klassenbewußten Arbeiter sich immer mehr Wissen, immer größere Bildung zu verschaffen. Kein beschränktes Fachwissen suchen sie, sondern Universalwissen ihr Ziel ist, einen klaren Einblick in das ganze große Weltgetriebe zu erhalten. Ihre historische Aufgabe, die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der Klassenherrschaft zwingt sie dazu, ihren Blick stetig zu erweitern, ihr Wissen zu vertiefen. An Bildungsseifer und Sehnsucht nach Wissenschaft steht das Proletariat über allen andern Klassen, an wirtschaftlicher Bedeutung nimmt es in der heutigen Gesellschaft die erste Stelle ein. Und sogar die Gegner müssen anerkennen, daß der Durchschnittsproletarier an politischer Bildung den Durchschnittsbürger weit übertragt. Ginge es also nach Recht und Vernunft, dann müßten die Proletarier durch politische Bildung sowie staatsbürglerliche und wirtschaftliche Tüchtigkeit" eine doppelte Stimme bekommen oder als Kulturträger in die höhere Klasse hinaufzürden. Daß dieser Schluß von keinem Befürworter der Kulturträger gezogen wird, zeigt schon, daß etwas ganz andres damit gemeint ist.

Was in Wirklichkeit damit beabsichtigt ist, hat die preußische Regierung unverhüllt klar gemacht, als sie neben den abhängigen Beamten die ehemaligen Unteroffiziere und Militäranwärter als ihre Kulturträger proklamierte. Denn mit dieser Bevölkerungsschicht wird es wohl keine andre an wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit und politischer Unbildung aufnehmen können. Dennoch war das Gelächter, das dieser wundervolle Gedanke in der ganzen Welt auslöste, unangebracht: es lag ein feiner Witz, eine gute Logik darin, und zweifellos steckte in dem Spott der Bourgeoisie ein gutes Stück Vergnügen darüber, daß ihre höchsten Prinzipien durch den kulturreichenen Unteroffizier lächerlich gemacht wurden.

Was sind Kulturträger, Träger der Kultur, d. h. der heutigen Kultur, der bürgerlich-kapitalistisch-junkerlichen Staatsordnung? Wer ist die wirkliche Stütze dieser Ordnung? Die Bourgeoisie sagt: der Geldbesitzer, der Kapitalist. Die Kölnische Zeitung kommt in demselben Artikel, dem wir unser Zitat entnehmen, zu dem Schluss, daß dem nationalliberalen Vorschlag gemäß Personen, deren Einkommen eine gewisse Grenze überschreitet, mit einer Plurastimme zu bevorrechten seien. Also der Geldbesitz macht den Kulturträger. Damit wird also nicht ge-

meint — was jedem ja auch als unrichtig bekannt ist —, daß nur diese Geldbesitzer mit hohem Einkommen gebildete, kulturell hochstehende Menschen sind. Damit wird ausgedrückt, daß nur die Geldbesitzer zuverlässige Stützen der heutigen Staatsordnung sind. Mit der „Erhaltung des Staatswesens“ ist auch nicht die Förderung des Gemeinwohls, sondern nur die Stärkung des heutigen Ausbeuterstaates gemeint.

Diese liberale Staatsretterei wird nun vom preußischen Minister noch übertrumpft. Ihr glaubt, so könnte er mit Recht sagen, daß die bestehende Klasse die Stütze der heutigen Ordnung ist? Nein, diese Klasse wäre verloren ohne die Hilfe der Staatsgewalt, der Armee, der Polizei. Die treue, staatserhaltende Gesinnung des preußischen Unteroffiziers ist die einzige reale Stütze eures Besthes, der festste Pfleger der bürgerlichen Kultur. Ihm gehört also in erster Linie der Ehrenname und die Auszeichnung der Kulturträger.

Natürlich besteht in diesem Kampf um die Kulturträger neben der Absicht zur Entreicherung der Proletarier zugleich ein Interessengegensatz innerhalb der herrschenden Klasse selbst. Die Bourgeoisie will ein Geldbesitzprivilegium, damit sie wenigstens in den Parlamenten herrschen und ihre Geschäftsinteressen vertreten kann. Von der Regierung war das Voranschieben der Beamten und Militäranwärter als privilegierte Wähler ein dummbreiter Versuch, durch Wahlen nach spanischem und ungarischem Muster ein "botmäßiges" Parlament zu bekommen. Unter dem gemeinten Geschäft der Staatsretter vergisst natürlich keiner der Staatsretter, für den eigenen Vorteil zu sorgen. Alles zur Wahrung der "Kultur".

Was ist aber diese Kultur? Als der französische Diplomat Talleyrand gefragt wurde, was das Wort Nonintervention bedeute, sagte er: Nonintervention ist ein diplomatischer Ausdruck, der bisweilen Intervention bedeutet. So könnte man hier sagen: Kultur ist ein kapitalistisch-politischer Ausdruck, der in der Regel Unkultur, Barbarei bedeutet. Aehnlich wie bekanntlich „Ordnung“ ein politisch-polizeilicher Ausdruck für gewaltfam aufrecht erhaltene Unordnung ist. Die bürgerliche Kultur baut sich auf der Ausbeutung, dem Leiden, dem Elend der Masse auf; sie ist auch bei der Minderheit, die sich ihrer freut, trotz ihrer äußeren Pracht keine wirkliche Kultur, keine hohe menschliche Gesinnung, sondern eine barbarische Roheit, die an der Not, dem Schmutz, dem Hunger fast und gleichgültig vorübergeht. Eine wirkliche menschliche Kultur ist erst möglich durch Aufhebung der Ausbeutung.

Daher sind die sozialistischen Proletarier durch ihre revolutionäre Bekämpfung der heutigen Ordnung die einzige wirkliche Träger der Kultur, der allgemein-menschlichen Kultur. Nur ihr Sieg über die bestehenden Klassen kann eine wirkliche Kultur bringen. Aber dazu brauchen sie keine Bevorzugung, keine Privilegien, keine Pluralstimmen. Weil sie die Masse der Bevölkerung bilden, sind sie imstande, mittels des gleichen Wahlrechts für alle ihren

Neu
aufgenommen!

FAHRRADARTIKEL

Neu
aufgenommen!

Laufdecken

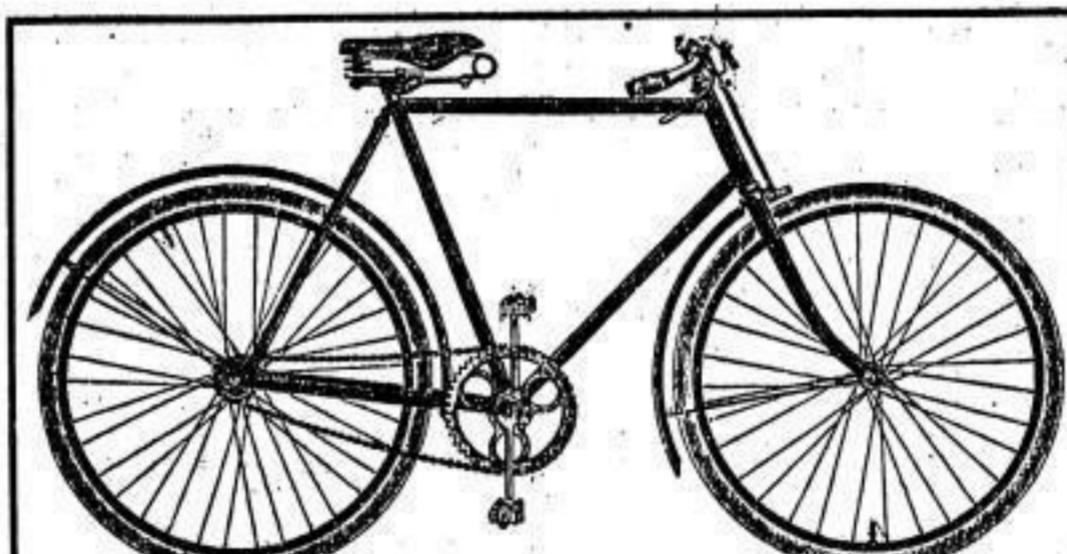
tadellose frische Ware von
größter Haltbarkeit 2.15

Laufdecken Express

mit 8 Monate Garantie 3.50

Fahrrad-Laufdecken

Marke Wolf
1 Jahr Garantie 6.00



Fahrrad-Fusspumpen mit Gussfuß, hochfein vernickelt 95,-

Fahrrad-Handpumpen 3. u. 4 teilig, ff. vernickelt 55,- 75,-

Acetylen-Laternen elegante Ausführung, sichere Wasser-
regulierung 1.90

Kerzen-Laternen ff. poliert und vernickelt, sorgfältige Aus-
führung 2.10

Oel-Laternen hochfein vernickelt 95,-

Fahrrad-Griffe mit Kork, beste Qualität 23,-

Fahrrad-Oelkannen mit Verschraubung 9,-

Schutzbleche schwarz emailliert, komplett mit Stroben 1.00

Fahrrad-Oel kristallhell 14,-

Reparaturkästchen enthaltend alle zur Reparatur von Luft-
schläuchen notwendigen Utensilien 12,-

Pedale mit Gummi Paar 2.10

Fusshaken hochfein vernickelt Paar 20,-

Gelegenheitskauf!
Ein Posten Fahrrad-Schlüssel
hochfein vernickelt und verstellbar 55,-

Sämtliche
Fahrrad-Teile
" zu außerordentlich billigen Preisen "

NEU! — NEU!
Fahrrad-Freilauf-Schloss
M. 1.25

Warenhaus Ury Gebrüder.

Wissen durchzusehen. Mögen die Ausbeuter sich um die Frage der Auswahl ihrer bevorrechten „Kulturräger“ streiten, die Massen, als Träger einer höheren Kultur, geben darauf die Antwort: weg mit allen diesen Kulturrägern, die uns entziehen und die heutige Barbarei aufrecht erhalten sollen!

XII. Generalversammlung der Bäcker.

k. Berlin, 3. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Neben den Punkt: Der Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbetrieben referierte Verbandssekretär A. Kahl-Hamburg, der folgende Resolution vorlegte:

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands nimmt Kenntnis von dem erfolgten Abschluß des Tarifvertrages mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und unserm Verbande. Wenn nun auch nicht alle Wünsche und Erwartungen, die an den Abschluß dieses Vertrages gehalpt wurden, in Erfüllung gegangen sind, so muß der Abschluß derselben doch unstreitig als ein ganz bedeutender Fortschritt auf dem Wege zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen betrachtet werden, schon um deswegen, weil heute die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen und Kolleginnen in den Privatbetrieben vielfach demgegenüber um ein bedeutendes zurückbleiben sind. Wenn auch zugegeben werden mag, daß es im Laufe der Jahre unserer Organisation möglich geworden ist, bei unseren Lohnkämpfen auch in den Privatbetrieben wesentliche Verbesserungen durchzuführen, so muß aber anerkannt werden, daß dieselben denen der Genossenschaftsbetriebe gegenüber, so weit sie mit uns im tariflichen Verhältnis stehen, nicht gleichkommen.

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands spricht weiter die Erwartung aus, daß alle diejenigen Konsum- und Genossenschaftsbäckereien, welche sich bisher noch nicht dazu verstehten könnten, diesen Tarif für ihre Betriebe einzuführen, nun ebenso dazu kommen, den hohen Wert solcher tariflichen Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen, und dann auf Grund dessen sich auch herstellen, den Vertrag für ihre beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Bäckereibetrieben mit unserem Verbande einzugehen.

Des weiteren fordert die Generalversammlung -aus nachdrücklichste von allen in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen rege Anteilnahme an den Arbeiten in der Agitation und Organisation!

Nur dadurch wird es möglich sein, die heute in den Privatbetrieben uns noch fernstehenden Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen und damit wird uns zugleich die Gelegenheit geboten, die oft geradezu traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Kollegen zu bessern, und hierin mitszuwirken, muß Ehrenpflcht jedes in den Konsum- und Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Kollegen sein!

Nur dann, wenn diese Aufgabe von allen in den Konsum- und Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Kollegen ernsthaft erfüllt wird, kann damit gerechnet werden, bei späteren Tarifabschlüssen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine auch für die in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien beschäftigten Kollegen weitere Verbesserungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusehen."

Vanke-Hamburg berichtet dann über die Tätigkeit des Tarifamts. Er bespricht prinzipielle Entscheidungen des Amtes.

In der Diskussion werden die vorliegenden Anträge begründet, die sich besonders gegen die fünfjährige Tarifbauer wenden. H. Effen erklärt, der im Tarif vorgesehene Lohnsatzvertrag nicht den örtlichen Verhältnissen entspricht. Verschiedene Fabrikarbeiter würden höhere Minimallöhne zahlen, diese müßten höher sein. Die Transportarbeiter ständen günstiger da als die gelesenen Arbeiter. Auch andere Redner über an dem Tarifvertrag kritisch, besonders an der Tarifbauer. Verlangt wird, daß die Konsumvereine die Bestimmungen des Tarifs auch einhalten, da werde oft gefehlt.

Die vorgelegte Resolution wird dann angenommen und sämtliche Anträge abgelehnt.

Neben die Krankenversicherung unserer Berufsgenossen sprach Allmann-Hamburg. Er tritt für Aufhebung der freien Hilfsklassen für die Berufsgenossen und für eine auskömmliche Vereinheitlichung der Krankenversicherung in der Art leistungsfähiger Ortskrankenklassen ein. Im Verband sollte an Stelle der Hilfsklassen eine Beitragssklasse mit höheren Zuflüssen in Krankheitsfällen der Mitglieder geschaffen werden. In der Debatte betonte Pietzschmann Dresden, Vorsitzender der Zentralkranken- und Sterbeklasse der Bäcker u. verw. Berufsgen., wenn die vorgesehenen diesbezüglichen Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung Gesetz würden, dann wäre es allerdings ein Frevel, die Kasse noch weiter bestehen zu lassen. Es wäre aber verfehlt, wenn man bereits jetzt die Aufhebung vornehmen würde, ehe man bestimmt weiß, wie die Sache geht. Den Vorschlag Allmanns wird dann angenommen und die Ausführung der Kasse kann Pietzschmann nicht zustimmen.

Es wurde schließlich eine Resolution im Sinne der Ausführungen Allmanns angenommen. Der Vorstand wird ferner bevoilichigt, in dem Falle, daß sich die freien Hilfsklassen auflösen und dem Verband anschließen, für die Mitglieder dieser Krankenklassen, soweit diese gleichzeitig Mitglieder des Verbandes sind, eine freiwillige Beitragssklasse mit einem Wochenbeitrag von 1 M. einzurichten, wofür neben den übrigen Unterstützungsarten eine höhere Krankenunterstützung von 2 M. pro Tag gewährt wird. Für Nichtmitglieder des Verbandes, die als Mitglieder der Krankenkasse vertreten, soll gegen einen Beitrag von wöchentlich 50 Pf. dieselbe Kranken- und Sterbeunterstützung gewährt werden.

Neben den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart berichtet Gähn-Nürnberg. Als Delegierte nach Kopenhagen zum Internationalen Sozialistenkongress werden Gähn und Allmann gewählt.

Neben den Internationalen Kongress der Bäcker und Konditoren in Kopenhagen spricht Allmann-Hamburg, der die Wichtigkeit der internationalen Verbindungen hervorhob. Als Delegierte für diesen Kongress werden H. Effen, Gähn, Vanke und Kahl gewählt. Es werden dann noch die Berichte von den Gewerkschaftskongressen in Hamburg und Berlin entgegen genommen und die dort gefassten Beschlüsse gutgeheissen. Zum nächsten Gewerkschaftskongress werden fünf Delegierte gewählt.

Neben den Punkt: Der geplante Zusammenschluß mit dem Verbande der Mühlenarbeiter referierte Redakteur Weidler-Hamburg. Die Mühlenarbeiter haben bekanntlich auf ihrem Verbandstag zu Pasingen die Verschmelzung mit den Bäckern abgelehnt und die mit den Brauern beschlossen.) Weidler betonte, daß für den Verband die Verschmelzungfrage prinzipiell erlebt sei, da bei der Urabstimmung im Jahre 1908 sich die große Mehrheit der abstimenden Mitglieder für die Verschmelzung mit andern Verbänden der Nahrungsmittelindustrie erklärt habe. Es sei also nicht mehr nötig, über das Für und Wider zu sprechen.

Nach kurzer Debatte wurde eine Resolution angenommen, nach der sich die Generalversammlung im Prinzip und aus Zweckmäßigkeitgründen für die Errichtung eines Verbandes aller in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Personen erklärt.

Über die Einführung von Staffelbeiträgen und Unterstützungen referiert Freitag-Leipzig. Redner begründet die Vorstandsvorlage, die die Einführung von Staffelbeiträgen (vier Klassen) und dementsprechende Unterstützungsstufen vorsieht.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Der Zentralverband d. Brauereiarbeiter und verwandten Berufsgenossen

tritt in der Woche vom 7. bis 11. Juni zu seiner 17. Generalversammlung in Berlin zusammen, um über die Tätigkeit des Vorstandes zu erteilen und die Richtlinien im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die nächsten Jahre festzulegen.

Der den Delegierten vorgelegte Tätigkeitsbericht erstreckt sich auf die Jahre 1908 und 1909. Am Ende des Jahres 1907 betrug die Mitgliederzahl 23 177, darunter 875 weibliche, während der Verband zu Ende des Jahres 1909 33 800 Mitglieder, darunter 815 weibliche, zählte. Es ergibt dieses eine Zunahme von 710 Mitgliedern.

Das Kassenwesen hat sich viel erfreulicher wie die Mitgliederzahl entwickelt. Die Einnahmen aus den Beiträgen, welche 1908-1907 rund 1115 226 M. betragen, konnten in den Jahren 1908-1909 auf 1440 580 M. gesteigert werden; ein Mehr von 225 000 M. Auf die Beitragerhöhung von wöchentlich 5 Pf. pro Mitglied, welche der lezte Verbandstag beschloß, entfallen etwa 170 000 M., so daß ein Mehr von 155 000 M. der Einnahmen durch die laufenden Beiträge, gegenüber den Jahren 1908-1907, zu verzeichnen ist. Diese Steigerung der Einnahmen ist wohl auf die größere Stabilität der Mitgliedschaften zurückzuführen. Die Gesamteinnahmen betragen 1534 282,58 M., die Gesamtausgaben 1.180 029,31 M.

An Unterstützungen wurden veranlagt: für Krankenunterstützung 230 476,50 M., für Arbeitslosenunterstützung 101 895,20 M., für Sterbegeld 25 020,25 M., für Gemeindegegenleistungen 17 746,50 M., für Unterstützung in Notfällen 15 004,40 M., für Unterstützung infolge der Brauenerhöhung 14 304,75 M., für Umgangskosten 2491 M., für Rechtschutz und Gerichtskosten 17 537,00 M., für Ausperrungen und Streiks im eigenen Berufe 93 324,18 M., für Ausperrungen und Streiks in anderen Berufen 3340 M., in Summa 530 200,50 Mark.

Außerdem wurden für Lohnbewegungen ohne Streiks 111 480,00 M. aufgewandt.

Die Streiks gliedern sich in 53 Angrißstreiks mit 1026 Beteiligten, in 52 Abwehrstreiks mit 1484 Beteiligten, in 10 Ausperrungen mit 121 Beteiligten.

Davon verließen 61 erfolgreich, 18 teilweise erfolgreich, 21 erfolglos bzw. unbeendet: Als Errungenschaften der Lohnbewegungen mit und ohne Streik ergaben sich bezüglich der Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzung für 12 755 Personen 40 414 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche, und für 22 155 Personen 40 228 M. Lohnaufbesserungen pro Woche.

Der Vorstand sagt dazu: Stellen wir die erzielten Erfolge, die sich nicht oder nur schwer in Zahlen umrechnen und ausdrücken lassen, wie die Fortzahlung des Lohnes bei Krankheitsfällen und bei militärischen Übungen, ferner den erzielten Urlaub, sowie die mit jeder Lohnbewegung in rückläufigen Generationen immer mehr Platz greifende Sonntagsruhe in den Brauereien und verwandten Betrieben, noch den Erfolgen bezüglich der Lohn erhöhung und der Arbeitszeitverkürzung zur Seite, dann können wir mit den Resultaten, die der Brauerverband seit dem letzten Verbandstag erzielte, sehr wohl zufrieden sein."

Für die Brauereiarbeiter und ihre Organisation entstand außer der Wirtschaftskrise noch eine weitere Krise durch die Brauereivorlage der unseligen Finanzreform". Der Verband hat gegen diese Vorlage in 247 Orten Protestversammlungen, arcangeli- und eins. Position an den Reichstag gerichtet. Aber der schwarz-blau Block lehnte sich nicht an die Einwände der Arbeiter und nahm die Vorlage an. Der Verband hat die arbeitslos gewordenen Opfer der Brauerei, soweit sie Verbandsmitglieder waren (über 1100) wie erschöpft, mit über 14 000 M. unterstützt.

Möge der Verbandstag den Brauereiarbeitern neue Waffen im Kampf schmieden.

Gerichtsstaat.

Reichsgericht.

Vom Mansfelder Bergarbeiterstreit. Wiederum hatte sich das Reichsgericht mit den Vorgängen am 21. Oktober v. J. im Mansfelder Bergrevier zu beschäftigen. Diesmal handelte es sich um das Urteil des Schweriner Gerichts a. S. vom 16. Februar, durch das der Schloß Ernst Voß und sieben Genossen wegen Landfriedensbruchs, auch teilweise wegen Körperverletzung und Beleidigung, zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Die fragliche „Zusammenrottung“ fand am 21. Oktober v. J. bei der Kupferhammertschmiedischen Burgdörfer und Hettstedt statt. — Die Revision der acht Angeklagten wurde durch Rechtsanwalt Landsberg aus Magdeburg vertreten. Er legte besonderes Gewicht auf eine prozessuale Beschwerde, die dahin ging, daß die Aussage des verfehlten Zeugen Hannemann verlesen worden ist, ohne daß bemerkt wurde, daß die Aussage nicht bekräftigt war. Der Rechtsanwalt erklärte, daß Urteil in materieller Hinsicht für unbedenklich, aber auch die erwähnte prozessuale Mängel erachtete er nicht für gegeben, die Aushebung des Urteils herbeizuführen. Der § 250 Abs. 2 der Strafprozeßordnung verlangt ja allerdings, daß bei Verlesung der Aussage eines verfehlten Zeugen bemerkt werden muß, ob die Beleidigung stattgefunden hat. Das verlesene Protokoll beginnt nun aber mit den Worten: „Zeuge Hannemann unter Auslegung der Beleidigung ...“ und enthielt am Schlus keinen Vermerk, daß der Zeuge bekräftigt sei. Früher habe das Reichsgericht in der Richtangabe, ob Beleidigung stattgefunden hat, einen absoluten Aushebungegrund erkannt, später aber habe es angenommen, daß dem Gesetz Gelegige getroffen sei, wenn durch die Verleugnung den Beteiligten zum Bewußtsein gelommen ist, ob die Beleidigung stattgefunden hat oder nicht. — Das Reichsgericht erkannte auf Verweisung der Revision.

Vereine und Versammlungen.

Die Tabakarbeiter

hielten am 20. Mai eine Mitgliederversammlung ab, in der der Kassierer die von den Revisoren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung vom 1. Quartal 1910 bekannt gab. Dann referierte Kollege Wenzel über die bevorstehende Generalversammlung. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Rich. Hoffmann gewählt. Ferner sprach der Gauleiter über die Tarifbewegung in Leipzig und teilte der Versammlung mit, daß bis jetzt 28 Leipziger Firmen den Tarif durch Unterschrift anerkannt haben. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 20 Mark aus der Volksfasse bewilligt. Zum Schlus machte der Vorsitzende noch auf den am 19. Juni stattfindenden Ausflug nach Rötha aufmerksam.

Die Korbmacher

beschäftigen sich am 28. Mai nach einem Vortrag über die Entwicklung der Produktion mit dem Bericht des Gesellenausschusses. Hervorzuheben ist daraus, daß die Leipziger Korbmacherinnung mit den Gesellen gemeinsam der Einfuhr der russischen Korb-

waren Einhalt tun mögte. Die Versammlungen erklärten sich bereit, in der nächsten Versammlung, wo einige Meister eingeladen werden sollen, über Mittel und Wege zu beraten. Scharf bemängelt wurde, daß der Ausschuß nur zu Losprachen geladen wird. Dem Altgesellen wurde zur Pflicht gemacht, bei der Innung zu beantragen, dem Ausschuß einzutreten, die Lehrlinge während der Lehrzeit über ihre Leistungen zu kontrollieren. Das Verhalten der Leipziger sowie einer Anzahl Sachsenhauser Kollegen, die es für hochwichtig hielten, einen „Humorabend“ zu besuchen, wurde von den Versammlungen verurteilt.

Die Altescher Marktanträder hielten am 28. Mai eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Schäffer hält einen mit Befall aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Hieran folgt sich eine rege Diskussion. Sämtliche Redner fordern die Kollegen auf, sich, soweit dies noch nicht geschehen sei, den Arbeitervereinungen anzuschließen und den bürgerlichen Vereinen den Rücken zu kehren. Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht vom 1. Quartal 1910. Zur Unterstützung der Bauarbeiter soll vorläufig der bisherige Satz von 25 Pf. für alle Mitglieder, die der 60-Pfennig-Beitragsklasse angehören, beibehalten werden. Den übrigen Beitragsklassen steht die Höhe des Unterstützungsbeitrags frei. Sollte die Aussperrung der Bauarbeiter längere Zeit dauern, wird eine weitere Versammlung eine angemessene Erhöhung der Unterstützungsbeiträge vornehmen.

Kinderschutzkommission.

Zentralkommission:

Aug. Lüttrich } Leipzig, Volkshaus, Arbeitersekretariat,
O. Mylau } Mittelpfortal, II.
C. Ryssel } Leipzig, Volkshaus, Parteisekretariat, Portal
C. Schröder } rechts, Saalgebäude.
Franz Frenzel, L. Lindenau, Gundorfer Straße 25, I.

Zentralauskunftsstelle für alle Kinderschutzangelegenheiten, Arbeitersekretariat, Volkshaus, Leipziger, Zeitzer Straße 32, Mittelpfortal, II.

Beschwerde über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz werden von nachstehenden Vertrauenspersonen entgegengenommen:
Leipziger Stadt:
Frau Emilie Ehröder, Humboldtstraße 28, IV.
Frau Emma Hebold, Leibnizstraße 12, II.
Frau Emilie Günther, Weststraße 20, S. II.
Frau Mai, Altkönigstraße 5, III.
Frau Nöber, Südstadt 2, IV. x.

Norden:

Bezirksvortrauensperson: Justus Schubert, L.-Eutritsch, Magdalenenstraße 6a, I.
L.-Eutritsch: Frau Emma Kurth, Magdalenenstraße 2, I.
L.-Gohlis: Emma Winter, Magdeburger Straße 6.
Martha Strelitz, St. Privatstraße 2, I.
Albert Wolff, St. Privatstraße 20, IV.
L.-Möckern: Ida Höppner, Karolastraße 10, IV. I.
L.-Wahren: Max Jacob, Hallische Straße (Konsumverein).
Möckern: Max Arieck, Hauptstraße 19, III.
Strehmeln: Gustav Gründling, Nr. 30.
Wiederitzsch: Frau Krone.

Osten:

Bezirksvortrauensperson: Frau Porsil, L.-Sellerhausen, Schulgenhausstraße 2.
L.-Auer: Frau Walther, Unterstraße 22, I.
L.-Neuschönefeld: Frau Pestner, Volkmarßdorf, Kirchstraße 84.
L.-Neustadt: Frau Henning, Neustadt, Kirchstraße 89.
L.-Volkmarßdorf: Frau Thalheim, Volkmarßdorf, Juliusstr. 2c.
Naumburg: Robert Kabelbach, Burzner Straße 264.
Schönesfeld: Frau Wolken, Dimpfelstraße 85, I. x.

Südosten:

L.-Neukölln: Frau Käth, Karlstraße 5.
L.-Probstheida: Frau Anna Müller, Schulstraße 11, part.
L.-Südlicher: Frau Clara Mölln, Arnoldstraße 22.
L.-Thonberg: Marie Naundorf, Oststraße 48, Tr. B, III.
Görlitz: Albin Neh.
Holzhausen: Karl Hähne, Körnerstraße.
Liebertwolkwitz: Rich. Nebel, Seitenstraße 228, L.
Möllau: Max Räther, Stötteritzer Straße 1.
Wachau: Ernst Friedrich, Nr. 20.

Süden:

Bezirksvortrauensperson: Karl Schulz, L.-Connewitz, Bornastraße 13, I.
L.-Connewitz: Frau El. Pösch, Brandstraße 15, I.
L.-Lößnig: Frau Ebert, Lößnigstraße 23, II.
Gaußsch.-Dötzsch: Frau Förster, Dötzsch, Siegfriedstraße 7, III.
Göschwitz bei Nötha: Frau Brant.
Großbeuthen: Emil Pleßner.
Großschwarze: Anna Zwoboda, Schulstraße 74c.
Nötha: Reinhold Müller, Wettinstraße 258.
Zwenkau: Rudolf Schwab, Leipziger Straße 170.

Westen:

Bezirksvortrauensperson: Frau Remus, L.-Schleußig, Blümnerstraße 8.
L.-Meiningen: Frau Kühl, Clarastraße 11, III. I.
L.-Vilmsdorf: Frau Frenzel, Gundorfer Straße 25, I.
Frau Zeiler, Hahnemannstraße 18, III.
L.-Plagwitz: Frau Thielemann, Karl-Heine-Straße 63, III.
Frau Reinhardi, Bischöfliche Straße 50, IV.
L.-Schleußig: Frau Archhoff, Blümnerstraße 22, part.
Frau Roed, Könneritzstraße 65, III.
Frau Keimling, Brodhäusstraße 58, III.
Böddorf: Rob. Bertram, Herm. Hänsel.
Großzschocher: Friederick Apel, Bientzstraße 4.
Großzschocher: Frau Kränkel, Hauptstraße 107.
Knaufleberg: Max Schöner, Leipziger Straße 61, II.